

Christoph Strässer (SPD)

### **Aufnahme von Gefangenen aus Guantánamo Bay ermöglichen**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich will den letzten Beitrag nicht kommentieren, Herr Kollege Uhl, ich will Ihnen nur sagen: An vielen deutschen Stammtischen wird differenzierter argumentiert, als Sie es hier im Deutschen Bundestag tun.

(Beifall bei der SPD – Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Das gilt dann aber auch für Herrn Körting!)

Ich möchte mit dem „Schwadronieren“ fortfahren. Frau Präsidentin, mit Ihrer Erlaubnis möchte ich den Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Günter Nooke – in Klammern: CDU –, zitieren.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Nooke, sehr guter Mann!)

Das *Handelsblatt* schrieb:

„Wir können nicht einerseits die Schließung des Lagers lautstark fordern und uns dann wegducken, wenn es darum geht, hierbei Unterstützung zu leisten“, sagte Nooke und fügte hinzu: „Wir sollten deshalb bereitstehen, wenn uns die US-Administration um Hilfe bittet.“

(Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr interessant! – Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Hat sie noch nicht gemacht!)

Dieser Aussage von Herrn Nooke ist in dieser Debatte nichts mehr hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will die Lehrstunde über die Uiguren nicht fortsetzen. Ich erlaube mir nur, zu sagen, dass Sie darüber schwadronieren, dass am Terrorverdacht bezüglich Menschen sicher etwas dran ist, die in der Nähe irgendeines Camps, etwa eines Terrorcamps, aufgegriffen werden. Ihr bayerischer Kollege Herrmann hat sich in treffender Art und Weise in diese Richtung geäußert. Ein Innenminister, der so mit der Unschuldsvermutung umgeht, ist dabei, den Rechtsstaat abzuschaffen.

(Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Die Unschuldsvermutung ist die tragende Säule unseres Rechtsstaats. Wer als Innenminister so damit umgeht, der muss eigentlich zurücktreten.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist meine ganz klare Position an dieser Stelle. Ich komme nun auf die Uiguren zu sprechen, die in Guantánamo einsitzen. Eine Überschrift in der *Süddeutschen Zeitung* lautet: „Zur falschen Zeit am falschen Ort. Ein Beispiel für viele: Warum ein längst freigesprochener Uigure noch immer in Guantánamo einsitzt“. Wenn es hier in entsprechenden Diskussionen um die Menschenrechtssituation in China geht, dann sind Sie immer die Ersten, die Forderungen erheben. Es kann doch wohl nicht wahr sein, dass Uiguren, die als Wanderarbeiter unterwegs waren und verhaftet worden sind, als Terroristen bezeichnet werden, obwohl selbst die amerikanische Militärgerichtsbarkeit sie freigesprochen hat. Man hat festgestellt, dass es noch nicht einmal den Anschein eines Beweises gibt. Dennoch sagen Sie: Das interessiert uns nicht; wir lehnen uns bequem zurück und lassen, Herrn Obama mal machen. – Ich sage Ihnen ganz deutlich: Ich finde das schäbig. So kann man mit dieser Frage nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:** Kollege Strässer, gestatten Sie eine Frage der Kollegin Steinbach?

**Christoph Strässer (SPD):** Ja, sicher.

**Erika Steinbach (CDU/CSU):** Herr Kollege Strässer, da wir bei dem Spezialthema Uiguren sind: Ist Ihnen bekannt, dass – das wissen wir aus Gesprächen – Uiguren, die zurzeit inhaftiert sind, liebend gern in den Vereinigten Staaten leben würden? Ist es daher nicht die Aufgabe der Vereinigten Staaten, diesem Wunsche nachzukommen? Denn diese Menschen wurden von diesem Staat eingesperrt. Diese unschuldigen Menschen möchten dort leben; Schuldige können wir sowieso nicht aufnehmen.

**Christoph Strässer (SPD):**  
Das behauptet hier auch niemand.

**Erika Steinbach (CDU/CSU):**  
Schuldige aufzunehmen, ist vollkommen ausgeschlossen. Diese Menschen möchten dort leben; aber die für ihre Inhaftierung Verantwortlichen sagen: Nein, wir nehmen sie nicht. Können Sie verstehen, dass ich sage, dass die Vereinigten Staaten ihre Ehre so nicht wiederherstellen?

**Christoph Strässer (SPD):**  
Frau Kollegin Steinbach, mir geht es im Moment gar nicht um Ehre, sondern darum, ob wir in der Lage sind und ob wir wollen, auf der Grundlage unseres Wertesystems Menschen zu helfen, die in Not sind.

(Erika Steinbach [CDU/CSU]: Das ist aber meine Frage!)

– Ich komme noch zu Ihrer Frage. Ich will sie ganz klar beantworten. Dieser Mensch, um den es hier geht, ein Herr Parhat, Uigure aus China – lesen Sie bitte einmal diesen Artikel durch; er ist vom 23. Januar –, der behauptet das Gegenteil von dem, was Sie sagen, und zwar insbesondere aufgrund der Erfahrung mit der amerikanischen Administration in dem Lager. Er ist als Gefangener dorthin

gekommen – er ist nicht freiwillig dorthin gegangen – und wird einen Deiwel tun, freiwillig in dieses Land, von dem er gepeinigt worden ist, auszuwandern. Das sagt er auch so. Das sollten Sie bitte schön zur Kenntnis nehmen. Das ist nämlich die Realität.

(Ute Kumpf [SPD]: Die wollen nicht in den USA bleiben!)

Wir haben da im Moment aus meiner Sicht eine völlig verquere Situation zu beklagen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen, was mir am Herzen liegt: Es wird immer wieder gesagt, es handle sich um ein Problem der Vereinigten Staaten, das wir nun lösen sollten. Wenn man die Debatte, die im Moment läuft, rational verfolgt, dann erkennt man, dass es jedenfalls mir und vielen anderen, die sich dafür einsetzen, dass Uiguren und andere unschuldige Menschen eine Chance erhalten, wieder in ein vernünftiges Leben zurückzukehren, um diese Menschen geht und nicht darum, ein Problem der USA zu lösen. Natürlich ist Guantánamo ein Problem der USA. Aber es ist doch unsere Aufgabe, zu sagen, wie wir mit dem Problem der Menschen, die dort einsitzen, umgehen wollen. Das Problem ist nämlich, dass Vertreter der Vereinigten Staaten sehr deutlich sagen: Wenn diese Leute in die USA einreisen wollen, müssen sie ein Visum beantragen. Joe Biden zum Beispiel, einer der engsten Weggefährten von Barack Obama, sagt dazu sehr klar und sehr deutlich: Sie bekommen kein Visum für die Einreise in die USA.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Das Problem können doch wir nicht lösen, wenn die USA kein Visum geben! Das ist doch ein Witz!)

Wollen Sie den Menschen in Guantánamo vor diesem Hintergrund wirklich sagen: Ihr müsst dort bleiben? – Wir haben eine klare Position und eine klare Botschaft: Wir haben gesagt: Uns geht es an erster Stelle darum, Menschen zu helfen, die in Not sind.

Ihnen, Frau Steinbach, die Sie immer so schön die Frage der Verantwortung und der Verantwortlichkeiten in den Raum stellen, möchte ich sagen: Sie haben gemeinsam mit uns dafür gesorgt – ich bin sehr stolz darauf, dass das gelungen ist –, 2 500 Flüchtlingen aus dem Irak Zugang nach Deutschland im Rahmen eines größeren Abkommens zu verschaffen. Nun frage ich Sie allen Ernstes auf der Basis der Argumentation, die Sie nun gebrauchen, nämlich dass es darum gehe, ein Problem der USA zu lösen, da ja die USA den Irakkrieg begonnen haben und dafür verantwortlich sind, dass Menschen in ihrem Land nicht weiter leben können und fliehen müssen: Wieso nehmen wir denn dann 2 500 Flüchtlinge aus dem Irak auf? Die Logik Ihrer Argumentation wäre doch: Die müssen in die USA.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Erika Steinbach [CDU/CSU]: Völlig falscher Vergleich!)

Das kann nicht wahr sein, und das wollen wir auch nicht. Deshalb, Herr Staatsminister, können Sie die klare Botschaft mitnehmen, dass Sie, wenn diese Situation eintritt – nur dann müssen wir ja noch einmal darüber reden –, jede

Unterstützung von der SPD-Fraktion bekommen, die Sie brauchen, um dieses Problem in der Art zu lösen, wie wir es gerne möchten. Frau Steinbach, Ihre Empathie für „Yes, we can“ ist ja in Ordnung.

(Erika Steinbach [CDU/CSU]: Barack Obama hat das gesagt!)

Aber wenn Sie gleich beim ersten Mal, wo Sie „Yes, we can“ sagen könnten, sagen,

(Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: No, we can't!)

wir helfen nicht, dann bleibt mir nur übrig, zu sagen: Mr President, yes, we help. Wir werden dem Präsidenten der Vereinigten Staaten helfen, das Problem in dem Umfang zu lösen, wie wir selbst dazu beitragen können.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Try it again and do it better!)

Herzlichen Dank

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneter LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIEGRÜNEN)